

Für mehr Ehrlichkeit und Bürgernähe in der Politik



Bernd Vohl

Betriebswirt
Kontakt:
afd-neu-isenburg@web.de



Georg Knippel

Lehrer im Ruhestand
Kontakt:
afd-neu-isenburg@web.de



Arno Groß

Selbstständiger
Kaufmann
Kontakt:
afd-neu-isenburg@web.de

Liste 7

Neu-Isenburg

- Sicherheit für die Bürger, mehr Polizeipräsenz – zusätzliche Stellen für die Stadtpolizei
- Weitere offene und ehrliche Information über die Situation im Erstaufnahmelager
- Senkung der kommunalen Abgaben und Steuern
- Nein zu pauschalen Straßenausbaubeiträgen (wie in anderen Gemeinden geplant). Dies führt zu Intransparenz. Straßensanierungen ja, aber ohne Zahlungspflicht der Anwohner
- Aktive Wirtschaftsförderung und attraktive Gewerbesteuersätze zur Sicherung des Standortes
- Installation eines modernen Verkehrsleitsystems
- Ja zur S-Bahn Regionaltangente West

Politik verändern! Mitglied werden!

Wir sind basisdemokratisch unterwegs. Die Mitglieder geben die Richtung vor und bestimmen demokratisch mit. Jeder kann mitmachen und sich aktiv einbringen. Als Mitglied, als Förderer oder als Unterstützer.

Alternative

für
Deutschland



Alternative für Deutschland
Ortsverband Neu-Isenburg
afd-neu-isenburg@web.de

Kreisverband Offenbach-Land
E-Mail: afd.ofl@t-online.de

Für unser Land
- für unsere Werte

Mit der AfD in die Zukunft

Damit Neu-Isenburg unsere Heimat bleibt

Liste 7

Unser Land, unsere Heimat.

Du, mein Hessen

6. März 2016
Wählt mal wie Ihr
wirklich denkt!

Alternative

für
Deutschland

www.afd-ofl.de

Ihre Stimme zählt am 6.3.2016
Wichtig: Gesamtliste AfD wählen
(keine Einzelpersonen)!
Sonst verliert die AfD Sitze!

Wir freuen uns über Ihre Spende: Bitte auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine spätere Spendenquittung angeben.

Spendenkonto:

IBAN: DE67 5056 1315 0008 9526 55

Asylchaos beenden

Mut zur Wahrheit: Die Flüchtlingslüge

- Die Masseneinwanderung ist verfassungs- und europarechtswidrig (Ex-Präsident BVerfG Prof. Dr. H.-J. Papier, u.a.)
- Über 64% der Migranten sind weder politisch verfolgt, noch Flüchtlinge. Für den Rest ist zu 90% ein anderer Staat zuständig (Dublin-Abkommen und Grundgesetz 16a), so dass über 95% aller Migranten hier ohne Anspruch sind
- Zahlen aus Serbien, Kosovo, Albanien und Mazedonien 2015: von 131.976 Personen, sind nur 119 (0,1%) schutzbedürftig (Quelle Asylgeschäftsbericht, Bundesamt für Migration). Für 99,9% wurden rechtswidrig ca. 2 Mrd. € für Taschengeld, Versorgung und Gewinne der „Asylindustrie“ ausgegeben
- Es „flüchten“ zu 74% junge Männer zwischen 20 und 30 Jahren
- Gesamtkosten illegaler Immigration: 20-40 Milliarden € pro Jahr

Wir fordern Einhaltung der Rechtslage

- Grenzen kontrollieren und nach australischem Vorbild sichern
- Zentrale Flüchtlingsauffangzentren in den Herkunftsregionen
- Einreisewillige aus sicheren Drittstaaten an der Grenze sofort zurückweisen (Grundgesetz §16a und Dublin-Abkommen)
- Schnellverfahren 48 Stunden, statt Monate oder Jahre
- Konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und Flüchtlingen bei Wegfall des Schutzgrundes
- Kein Integrationsaufwand ohne dauerhaftes Bleiberecht. Rückkehrfähigkeit und Rückkehrwille ist zu erhalten. Fehlanreize umfassend abbauen (u.a. kein Bargeld)
- Keine Bautätigkeit und dauerhafte Personalaufstockung im öffentlichen Dienst für Flüchtlinge, da diese nur vorübergehenden Schutz genießen und wieder zurückkehren müssen (Flüchtlingsschutz ist keine Einwanderungspolitik)
- Konsequente Ablehnung und Abschiebung bei weggeworfenen Pässen, gefälschten Unterlagen oder Straftaten
- Städte und Kreis müssen Rechtslage prüfen und juristisch gegen illegale Zuweisungen vorgehen

Zuwanderung steuern

- Qualifizierte, begrenzte Zuwanderung nur nach Bedarf und kanadischem Vorbild. Vorrang vor Einwanderung haben deutsche Arbeitslose (3 Mio.) und danach europäische (20 Mio.)
- Stopp des Lohndumpings durch Masseneinwanderung
- Keine Einwanderung in die Sozialsysteme (auch nicht aus EU)
- Einbürgerung nur bei langjähriger gelungener Integration, Straffreiheit und dauerhaftem Bedarf an der Qualifikation

Innere Sicherheit herstellen

- Null Toleranz gegen jegliche Gewalt und Terror, insbesondere Linksextremismus und radikalen Islamismus bekämpfen
- Klare Konsequenzen für schwere Straftäter: Ausländer ausweisen, Asylverfahren ablehnen, Asylstatus aberkennen
- Sicherheit im öffentlichen Raum (kein zweites Silvester 2015/2016)
- Einbrecher und Banden aus dem In- und Ausland bekämpfen
- Beseitigung von Parallelgesellschaften und No-Go-Areas
- Bundeswehreininsatz nicht im Inneren und in völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, sondern zur Sicherung der deutschen Grenzen
- Polizei stärken, Personalabbau stoppen, Stellen aufbauen
- Kein Migranten- oder Flüchtlingsbonus mehr bei Straftätern
- Wirksame Eindämmung illegaler Waffen statt Drangsalierung von rechtschaffenden Jägern und Sportschützen (neue EU-Vorgabe)

Bürgerrechte

- Rechtsstaat, Meinungs- und Redefreiheit wiederherstellen
- Keine Zensur von Internetseiten, Foren und sozialen Medien, durch den Staat oder Unternehmen (z.B. Arvato-Löschteam bei Facebook)
- Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung, EU-Toleranz-Umerziehungslager oder Gesetze zu „Meinungsverbrechen“ mehr
- Nicht wir Bürger hetzen, sondern Politiker der Altparteien und „Hofmedien“, die Anliegen und Forderungen der Bürger ignorieren
- Die Bürger sind der Chef in der Demokratie und kein „Pack“. Wer seinen Chef als „Pack“ beschimpft, muss seinen Posten räumen
- Demonstrationsrecht wiederherstellen, strafrechtliche Verfolgung von Demonstrationsbehinderungen und Angriffen auf die Polizei
- Einfachere Volksentscheide: Gemeindeebene bis Bundesebene
- Freiheit und Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung
- Schutz vor Benachteiligung, Medienhetzkampagnen und Entlassungen wegen politischer Ansichten wiederherstellen (GG Art 3)
- Keine Frühsexualisierung der Kinder, Genderwahn stoppen

Wahrheit und Information

- Wahrheitsgemäße, vollständige Information von Politik, Presse und Polizei und ein Ende der Täuschung und Vertuschung
- Streichung aller Gesetze, Anweisungen und Verordnungen, die zum Ziel haben, die vollständige Wahrheit über Migration, staatliches Versagen, Flüchtlinge, NATO-Kriege, TTIP, Straftaten, o.a. zu schönen oder zu verschweigen (z.B. § 12.1 Pressekodex).
- Wir fordern ein Ende der GEZ-Rundfunkzwangsgebühr

Wirtschaftspolitik / Finanzen

- Keine weitere Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen
- Keine Gewerbe-, Grundsteuer und Abgabenerhöhungen
- Mehr Geld im Geldbeutel statt „Geschenke“ auf Steuerkosten
- Konsolidierung und Kosteneinsparung aktiv vorantreiben
- Keine Privatisierung der Wasserversorgung, keine geheimen Schiedsgerichte und Sozialabbau (TTIP / TISA / CETA)
- Lokale Wirtschaft stärken
- Wirtschaftssanktionen gegen Russland einstellen
- Ausverkauf kommunaler Infrastruktur stoppen
- Versorgungsunternehmen machen hohe Gewinne, wir fordern Senkung von Müllgebühren, Müllvermeidung stärker belohnen
- Befürwortung der S-Bahn Regionaltangente West
- Keine Verdichtung der Bebauung, um durch Einwohnerzug und Grundstücksverkäufe anderweitige Haushaltsdefizite auszugleichen. Wertvolle innerstädtische Freiflächen und Wälder gehen verloren
- Mehr Bürgerbeteiligung bei neuen Bauvorhaben und -gebieten
- Keine pauschalen, intransparenten Straßenausbaubeiträge
- Kinder brauchen Eltern. Freie Wahlmöglichkeit bei Kinderbetreuung. Kein Zwangskindergarten. Stadtkasse entlasten. Bei Verzicht auf einen Betreuungsplatz, soll ein Teil der ersparten Zuschüsse als Aufwandsentschädigung gezahlt werden (Stadtbetreuungsgeld)
- Herabsetzung der Kreisumlagequote, Leistung muss sich lohnen
- Altersarmut und sinkende Realrenten bekämpfen

Europa- und Europolitik

- Für ein Europa souveräner Nationalstaaten, keine Abgabe weiterer Rechte an die EU, stattdessen Rückführung von Kompetenzen
- Für Einhaltung des Maastricht-Vertrags, d.h. keine „Euro-Rettung“ und keine Bankenrettung mit Steuergeldern, sowie Rückabwicklung der Bankenunion, d.h. keine Bankenrettung durch die Sparer, Austritt aus diesem Euro darf kein Tabu sein
- Keine Abschaffung oder Beschränkung des Bargeldes
- Kein „Länder-Finanzausgleich“ auf EU-Ebene und keine Haftungs-, Schulden- und Transferunion, keine ESM- und EU-Diktatur
- Keine Zusammenlegung der nationalen Arbeitslosen- und Rentenversicherungssysteme
- Keine Beteiligung an NATO-Kriegen ohne UN-Mandat (Syrien), Drohnenkriege aus Ramstein stoppen, Abzug von Atomraketen

Alternative
für
Deutschland